

Dringliche Anfrage

Fraktion der CDU

Hannover, den 24.10.2016

Linksextremismus - Wie geht es weiter mit der Prävention?

Laut dem Jahresbericht 2015 des niedersächsischen Verfassungsschutzes weist Niedersachsen ein Linksextremismuspotenzial von 1 060 Personen auf, wovon 625 gewaltbereit sein sollen. Im Jahr 2015 ist die Zahl politisch links motivierter Gewaltdelikte um ca. 26 % auf 146 Fälle gestiegen und damit sogar höher als die Zahl politisch rechts motivierter Gewaltdelikte.

In den letzten Monaten kam es in Göttingen vermehrt zu linksextremistisch motivierten Übergriffen. Insbesondere Mitglieder von Studentenverbindungen wurden dabei Opfer. *Spiegel Online* schrieb am 27. Juli 2016 hierzu unter der Überschrift „Kleinkrieg an deutschen Unis“, dass in Deutschlands Uni-Städten verstärkt Burschenschaften und Verbindungen angegriffen würden. Besonders in Göttingen „knalle“ es laut *Spiegel Online* „gewaltig“.

Der Leiter der Göttinger Polizeiinspektion wünschte sich laut *Göttinger Tageblatt* vom 4. August 2016 die Distanzierung von „massiver Gewalt linksextremer Demonstranten“. Er habe kurz zuvor während einer Demonstration auf dem Göttinger Albaniplatz gegen eine Demonstration des „Freundeskreises Thüringen/Niedersachsen“ „Hass und menschenverachtende Anfeindungen“ aus dem linksextremen Spektrum erlebt.

In einer Plenardebatte zum Linksextremismus sagte Innenminister Pistorius am 23. Januar 2014, dass es bei seinem Amtsantritt leider kein Konzept für die Prävention im Bereich Linksextremismus gegeben habe. Die Prävention des Verfassungsschutzes im Bereich Linksextremismus bedürfe einer neuen konzeptionellen Planung. Diese solle künftig schwerpunktmäßige Angebote beinhalten, die auf den ganz speziellen Adressatenkreis in den bekannten Autonomen Zentren in Niedersachsen ausgerichtet seien.

Unter der Rubrik „allgemeine Broschüren und Flyer“ sind inzwischen auf der Internetseite des Verfassungsschutzes zwei Broschüren zum Linksextremismus und zur Autonomen Szene zu finden. Unbekannt ist, was für die Verbreitung dieser Broschüren in den bekannten Autonomen Zentren getan wird.

Weitere Präventionspläne oder konkrete Projekte zur Prävention des Linksextremismus wurden bislang nicht von der Landesregierung oder dem Verfassungsschutz veröffentlicht.

Inzwischen kam es laut Presseberichten zu mehreren weiteren Gewaltdelikten mit wahrscheinlich linksextremistischer Motivation.

Am 12. Juni 2016 wurde ein Mitglied einer Studentenverbindung von einer linksgerichteten Gruppe angegriffen, geschlagen und mit einer Reizflüssigkeit besprüht.

Am 31. Juli 2016 wurden bei Ausschreitungen linker Aktivisten anlässlich einer Demonstration gegen Rechtsextremismus sieben Polizeibeamte verletzt und diverse Polizeifahrzeuge beschädigt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wann wird die neue konzeptionelle Planung der Landesregierung für die Prävention gegen den Linksextremismus abgeschlossen sein, die Innenminister Pistorius im Januar 2014 angekündigte?
2. Wie viele der politisch links motivierten Gewaltdelikte in Niedersachsen aus den Jahren 2015 und 2016 konnten aufgeklärt werden, und wie viele Verurteilungen gab es deswegen?

3. Was wird der nächste Schritt in der Prävention des Linksextremismus sein, etwa durch Verteilaktionen der beiden Broschüren in den bekannten Autonomen Zentren oder konkrete Projekte zur Entradikalisierung?

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer